

Es mag durchaus sein, dass die Mindeststandards, die das Baurecht von einer kommunalen Baugebietsplanung erwartet, erfüllt wurden, aber ist der Rat allein zur Überwachung der Mindestnormen da oder sollte nicht vielmehr das Wohle Rastedes im Vordergrund stehen? Mit diesem Ziel ist die Überschreitung des Mindeststandards durch den Austausch mit Experten, Kommunikation mit dem Bürger, Transparenz der Unterlagen, Ausarbeitung von Alternativen etc. nicht zu viel verlangt

Diese Baugebietsplanung ist ein Musterbeispiel für „eine Augen zu und durch“ Mentalität, die dem Ansehen des Rates sehr geschadet hat.

Konkret:

Was ist passiert, dass diese Entscheidung nicht nur für unsere Fraktion, sondern für eine große Zahl von Bürgern, die detaillierte und fundierte Einwendungen erhoben haben oder diese Einwendungen durch unterstützende Unterschrift mitgetragen haben, so schwer erträglich ist ?

Wesentliche Fragen wurden nicht beantwortet:

- So wurde eine Kosten -Nutzen Abwägung nicht nur nicht vollzogen, man weigerte sich sogar, sich überhaupt mit den modernen existierenden Berechnungsmodellen und Werkzeugen für die Folgekostenberechnung von Neubaugebietsplanung zu beschäftigen. Entsprechende Einwendungen und Anfragen wurden bestenfalls zu Kenntnis genommen oder ganz abgelehnt. Hier entsteht der Eindruck, dass die Bürger, was die finanziellen Folgen dieser Bauleitplanung angeht, bewusst im Unklaren gelassen werden sollen!
- Herr Henkel, grundsätzlich haben Sie Recht, wenn sie behaupten, Rastede gehe es finanziell gut. Für 2013 Jahr werden wir den Haushalt noch mit einiger Mühe ausgleichen können, aber schon mit den notwendigen Kreditaufnahmen für die Neubaugebietsplanung, werden wir zu einer nicht unerheblichen Verschuldung der Gemeinde kommen. In den Folgejahren werden alle Ausgaben und Einnahmen auf den Prüfstand gestellt werden müssen. Spätestens, wenn dann Kürzungen wie die Schließung der Bibliothek oder des Freibads diskutiert werden, geht das alle Bürger an! Vor diesem Hintergrund darf man nicht behaupten, die enormen Folgekosten der Planung im Außenbereich seien nicht von Relevanz, wir können Ihnen schon vertrauen! Es ist unverantwortlich, die Bürger darüber im Unklaren zu lassen!
- Apropos Vertrauen. Wozu eine nicht mit Fakten belegte und somit durch den Rat überprüfbare, sondern auf Glauben basierende Planung führt, haben wir im Planungsprozess zum Industriegebiet Nord gelernt. Bis heute gibt es keinen Kaufinteressenten, der die angebotenen Flächen mit dem Status "Industriegebiet" als solche erwerben möchte. Keinen! Und wie dringlich wurde diese Planung gegen den Widerstand der Bürger mit der gleichen "Augen zu und durch" Mentalität durchgesetzt! Wir alle werden die Folgekosten dieser Fehlplanung noch lange im Haushalt spüren! Auch das ist ein Teil der Wahrheit.

- Viel zitiert wurde auch der langsame, am Bedarf orientierte Ausbau des Neubaugebietes, der die Flächen nördlich des Loyer Weg bei entsprechender Bevölkerungsentwicklung nicht mehr benötigen könnte. Auch hier wird der Bürger über das wahre Tempo des Ausbaus im Unklaren gelassen und die Hoffnung genährt, nach dem Ausbau des ersten oder zweiten Abschnittes wird innegehalten. Fakt ist, dass das in den Kosten sehr teure RRB für das ganze Gebiet geplant ist, dass Flächen nördlich des Loyer Wegs bereits gekauft wurden und das der schon jetzt dringend notwendige Ausbau des Loyer Wegs auf eine Zeit nach Erschließung der nördlichen Flächen verschoben wurde. Wer soll denn noch ernsthaft daran glauben, dass die Flächen nördlich des Loyer Weges nicht zügig bebaut werden. Alles andere wäre finanziell oder verkehrsplanerisch kaum zu vertreten.
- Es wurde der Grundsatz Innen zu Außenentwicklung im Verhältnis 3:1 ignoriert. Hartnäckig bleibt die Verwaltung und alle befürwortenden Fraktionen die Frage nach der Größe des Altimmobiliopotentials der Gemeinde schuldig. Warum geht man nicht darauf ein? Vor Fakten, die das Projekt doch noch kippen können? Oder mißachtet man mutwillig diese neueren Tendenzen im Baurecht? Dabei ist die Klärung dieser Frage entscheidend, um eine Aussage über das Innenentwicklungspotential Rastedes treffen zu können und somit die Planung eines Neubaugebiets überhaupt rechtfertigen zu können.
- Die Bürger haben diese Planung so intensiv wie kaum eine andere aus unserer Sicht sehr positiv und in einer vorbildlichen Art und Weise ohne jede Unsachlichkeit verfolgt und begleitet. Aber wie gehen Verwaltung und Ratsmehrheit damit um: Dem Planer wird gestattet, Einwendungen in Präsentationen bis zur Unkenntlichkeit zu verkürzen, wichtige Punkte wie die Kosten werden nicht genannt. Dem Bürger wurde kein Redebeitrag während der Bauausschusssitzung eingeräumt, die BI nicht zu einem Gespräch eingeladen. Ist das Bürgernähe? Unsere Bürger haben das Recht in ihren Meinung und ihren Bedenken ernst genommen zu werden. Für was sind wir denn gewählt? Die Ratsmehrheit gibt sich jedoch alle Mühe, abweichende Bürgermeinungen so weit wie möglich zu unterdrücken. Warum haben wir denn kein Rederecht der Bürger und Experten in den Ausschusssitzungen und keine Bürgerfragestunde direkt am Beginn und nicht erst am Ende der Ratssitzungen in unserer Geschäftsordnung verankert. Souveränes Verhalten sieht anders aus! Dabei gibt es gute Beispiele in anderen Gemeinden des Ammerlandes.

Jedes Ratsmitglied, jede Fraktion soll sich eine Meinung bilden und vertreten, das ist keine Frage. Aber dazu gehört es, alle zur Beurteilung eines Projektes notwendigen Fragen und Fakten zu klären, um dann eine Abwägung zu treffen. Die Abwägungen hat man in diesem konkreten Fall dem beauftragten Ingenieurbüro überlassen. Dies hat die Zielvorgaben, dann ja auch mit der vollständigen „Wegwägung“ aller Bürgereinwendungen erfüllt.

Viele Grundsätze wurden hier verletzt. Das hat leider zu großem Ansehensverlust dieses Rats geführt. Wir sollten daraus lernen.

Sabine Eying